



03.13

Editorial

Gesellschaft

„Ihr werdet Euch noch wünschen, wir wären politikverdrossen“
Geld ist nicht alles – Wohlstand wird in Deutschland neu definiert
Was zeichnet einen guten Staatsbürger aus?

Gesundheit

Daten und Trends: Gesundheit und Lebenssituation in Deutschland
Wie wir in Zukunft essen wollen

Marketing

Die Shopping-Center-Industrie in Deutschland boomt

Demographie

Europa bereitet sich auf das Altern vor

Technologie

Stark im Kommen: Biometrische Identifikationsverfahren
Blindengerechten Audioguides gehört die Zukunft

Materialien

Top Ten der Zukunftsliteratur 2012

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

fast auf den Tag genau vor 90 Jahren, am 10. März 1923, wurde die Bank für Sozialwirtschaft von den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin gegründet; damals noch als „Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtseinrichtungen Deutschlands G.m.b.H.“ Wie kam es dazu?

Der erste Weltkrieg hatte unsägliches Leid über Deutschland gebracht. 1,8 Millionen Menschen waren im Krieg gefallen, 4,2 Millionen waren verwundet nach Hause zurückgekehrt. In manchen Regionen waren drei Viertel aller Menschen von Fürsorgeleistungen abhängig, denn Industrie und Landwirtschaft waren komplett eingebrochen, das gesamte Land mit 150 Milliarden Mark verschuldet. Weitere Milliarden an Reparationen waren zu zahlen. Kurz: Armut und Elend grassierten im Land. Auch die Freie Wohlfahrtspflege, zu der Anstalten, Krankenhäuser und Heime gehörten, war kaum noch in der finanziellen Lage, ihre Einrichtungen zu betreiben; 1922 fraßen allein die Heizkosten die Hälfte der Gesamteinnahmen auf. An dringend notwendige Instandhaltungsarbeiten oder an Reparaturen war gar nicht erst zu denken. Die Freie Wohlfahrtspflege war also an ihre Grenzen gekommen.

Einzelnen konnten die Einrichtungen die finanziellen Herausforderungen nicht mehr schaffen – es war daher sinnvoll, dass sich die Spitzenverbände, wie der Centralausschuss für die Innere Mission der Deutschen evangelischen Kirche, der Deutsche Caritasverband, die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, die Arbeiterwohlfahrt, das Deutsche Rote Kreuz und später der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband zusammenschließen, um die Wohlfahrtspflege gegenüber den Reichsbehörden zu stärken. Nach vielen Diskussionen, wie der Wohlfahrtspflege geholfen werden könne, wurde im Oktober 1922 eine Unterstützung von 500 Millionen Mark durch den Reichstag beschlossen.

Kaum war die Pressemeldung über die geplante Finanzhilfe heraus, wurden Reichskanzlei und Ministerien mit Finanzierungs-Anfragen überschüttet. Die Schaffung eines fachlich kompetenten Finanzinstituts, um die vielen gemeinsamen Finanzaufgaben zu bewältigen, lag nun ebenfalls auf der Hand. Im Februar 1923 wurde eine Kommission gegründet, die den Gesellschaftsvertrag ausarbeiten sollte – am 10. März 1923 war denn soweit: In der Berliner Dorotheenstraße 19 (heute Nr. 68) wurde von neun Vertretern der Wohlfahrtsverbände mitten in den Stürmen der Inflation ein neues Finanzinstitut aus der Taufe gehoben: Die Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtseinrichtungen Deutschlands. Ihre Ziele: „1. Beschaffung von In- und Auslandsmitteln zur Gewährung von Darlehen an gemeinnützige Wohlfahrtseinrichtungen, 2. Gewährung und Vermittlung von Darlehen an gemeinnützige Wohlfahrtseinrichtungen, 3. Verwaltung von Sparguthaben gemeinnütziger Wohlfahrtseinrichtungen und 4. Beratung gemeinnütziger Wohlfahrtseinrichtungen in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht.“ Bereits Ende Juli 1923 hatte die Hilfskasse 2,7 Milliarden Mark an Darlehen ausgereicht.

Wie es im Einzelnen weiter ging mit der heutigen Bank für Sozialwirtschaft (BFS) können Sie in der Festschrift [„Mit uns. 75 Jahre Bank für Sozialwirtschaft 1923 – 1998“](#) nachlesen, die der Historiker Professor Dr. Winfried Morgenstern (bis Anfang des Jahres auch Mitglied dieser Redaktion) damals ausführlich recherchiert und sehr spannend geschrieben hat.

Nun ist die Bank wieder 15 Jahre älter, aber gesund, erfolgreich und voller Tatendrang und vor allem mit denselben Zielen, wie am ersten Tag. Unseren 90sten feiern wir übrigens mit unseren Kunden: Auf [jede Spende ab 30 Euro](#), die 2013 über das BFS-Net.Tool abgewickelt wird, legen wir einen Euro drauf. Insgesamt schütten wir so bis zu 500.000 Euro aus. Spendenwerbung kann sich in diesem Jahr also richtig lohnen.

Wir freuen uns über jeden Euro, den wir auf diesem Wege ausgeben dürfen.

Auch mit dieser Ausgabe der trend informationen, die Ihnen wieder einen Überblick über spannende Entwicklungen in der Welt bietet, wünschen wir viel Freude.

Ihre Redaktion

Gesellschaft

„Ihr werdet Euch noch wünschen, wir wären politikverdrossen“

Die Auswirkung des Internets auf unser tägliches Leben ist inzwischen wohl fast jeder und jedem bewusst: Das Internet hat grundlegende gesellschaftliche und politische Veränderungen angestoßen. Es hat unsere Kommunikation demokratisiert und Gespräche, Ideen und Beziehungen über Staats- und Kulturgrenzen hinweg entwickelt. Aber auch ein neues Phänomen kristallisiert sich seit einigen Jahren zusätzlich heraus: Bürger und Bürgerinnen schließen sich online zu politischen Massen zusammen, in manchen Fällen würden dadurch sogar „ganze Staaten in ihren Grundfesten erschüttert“, so die Autoren und Autorinnen über den Untersuchungsgegenstand einer aktuellen Online-Studie. „Internet-Tsunamis“ werden solche Kommunikationsphänomene von Massen im Internet aufgrund ihres „plötzlichen Auftretens und ihrer umwälzenden Folgen“ bezeichnet – und weil sie die „politische Kultur im Hier und Jetzt verändern und maßgeblich prägen“.

In der Studie „Internet-Tsunamis – Politische Massen im digitalen Zeitalter“ der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) (www.europa-uni.de) und des Unternehmensbereichs xaidialoge (www.xaidialoge.de) der xailabs GmbH, Berlin (www.xailabs.de), gehen Forscher und Forscherinnen dem Phänomen der neuen digitalen Protestbewegungen nach. Jüngstes Beispiel hierfür ist die Sexismus-Debatte, die durch das Rainer-Brüderle-Portrait von Laura Himmelreich im Wochenmagazin [Stern](http://www.stern.de) ausgelöst wurde. Die Entrüstungen und „[Aufschreie](#)“ in Tweets, Blogs, Facebook-Kommentaren und vielen weiteren Foren häufen sich bei dieser Debatte so sehr, dass der „Internet-Tsunami“, so wie er von den Experten in der Studie skizziert wurde, in diesem Fall tatsächlich stattfindet.

Genährt wird die Debatte unter anderem von dem Leitmotiv vieler Blogger und Bloggerinnen, das der Netzaktivist und Podcaster Max Winde auf Twitter geprägt hat: "Ihr werdet euch noch wünschen, wir wären politikverdrossen".

Der Mechanismus von Internet-Tsunamis

"Internet-Tsunamis führen zu einer offensichtlichen Bildung einer politischen Masse und erzeugen dadurch Druck auf politische Entscheidungsträger und – prozesse", heißt es in der Studie. Ihren Ursprung haben die Internet-Empörungswellen den Studienergebnissen zufolge in der Offline-Welt. Ereignisse werden als "medialer Inhalt" ins Internet übertragen und lösen dort "Informationskaskaden" und "Meinungsimpulswellen" aus, die sich auf verschiedene Mediensysteme ausweiten und eruptive Masseneffekte hervorrufen können. Die sozialen Medien spielen bei der Verbreitung und Durchsetzung von Meinung eine entscheidende Rolle. Kanäle wie Twitter böten hierfür einen neuen eigenständigen Diskursraum im Netz. „Die schnelle Diffusion von Informationen, verbunden mit der Möglichkeit zur interpersonalen Interaktion wirke wie ein Katalysator für den spontanen Meinungsaustausch.“ In der Regel verstärken sich mit dem Internet vor allem die Stimmen derjenigen, die ohnehin bereits den politisch aktiven Teil der Bevölkerung ausmachen", so die Experten zu dem neuen Phänomen.

„Zensursula“

Im Rahmen einer ersten Meinungsimpulswelle werde meist ein Feindbild etabliert. Dies scheine eine wichtige Funktion bei der Mobilisierung politischer Massen im Internet darzustellen. Über ein Feindbild können sich dann unterschiedliche Nutzergruppen identifizieren. Ein Beispiel für dieses Feindbild ist die 2009 von Netzaktivisten initiierte Online-Protestkampagne „Zensursula“ (zusammengesetzt aus dem Wort „Zensur“ und dem Vornamen „Ursula“). Die damalige Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) brachte einen Gesetzentwurf zur Sperrung von Internetseiten mit Kinderpornographie ein. Gegen das Sperrgesetz wehrte sich eine große Netzgemeinde aus Internetaktivisten, weil durch die Sperrungen eine Gefährdung des Grundrechts auf Informationsfreiheit gesehen werde.

Wie kann man mit Internet-Tsunamis in Zukunft umgehen?

Um Internet-Tsunamis einschätzen zu können, haben die Autoren und Autorinnen zunächst einige Kernmerkmale identifiziert:

- Internet-Tsunamis sind nicht planbar

Das Auslösen eines Internet-Tsunamis könne nicht geplant werden.

Oftmals spiele der Zufall eine entscheidende Rolle. Die ersten Informationskaskaden

über ein Ereignis entstünden zufällig und würden oft erst nachträglich von Interessengruppen instrumentalisiert.

Internet-Tsunamis seien zudem in hohem Maße von gesellschaftspolitischen und soziokulturellen Rahmenbedingungen abhängig (Klima-Faktoren). Diese seien kaum zu beeinflussen.

- Hohe Anfälligkeit für Fehlinformationen

Aus psychologischer Sicht seien Online-Massenphänomene extrem anfällig für

Fehlinformation und Manipulation. Im Internet sei die Gefahr für eine Verbreitung von Fehlinformationen aufgrund der Weiterleitungsgeschwindigkeit, der Vernetzungsdichte und des Vertrauensübertrages enorm hoch.

- Unterdrückung wirkt kontraproduktiv

Repressive Momente führen bei Internet-Tsunamis zu einer gesteigerten Aufmerksamkeit

und wirken als Verstärker. Repressionen seien auf vielfältige Art möglich: Ein offizielles Dementi im Fall der Plagiatsaffäre zu Gutenberg, die Abschaltung technischer Infrastrukturen in Ägypten oder aggressive Akte der Staatsgewalt (zum Beispiel die Ermordung des ägyptischen Bloggers Khalid Saïds). Die mediale Dokumentation und die darauf folgende „Inszenierung des repressiven Aktes“

führe zu einer Umkehr der ursprünglich beabsichtigten Wirkung und damit zur einer weiteren Stärkung des Internet-Tsunamis.

- Internet-Tsunamis werden zukünftig zunehmen

Die gesellschaftliche Durchdringung des Internets werde weiter zunehmen – sowohl in Bezug auf generationsübergreifende Nutzung als auch bezogen auf Anwendungsbereiche. Das steigere auch die Wahrscheinlichkeit von Internet-Tsunamis.

Die komplette Studie von xaidialoge und der Europa-Universität Viadrina „Internet-Tsunamis – Politische Massen im digitalen Zeitalter“ (328 S, Version 1.2.) finden Sie [hier zum Download](#).

Geld ist nicht alles – Wohlstand wird in Deutschland neu definiert

Der gängige Wohlstandsbegriff wird in Deutschland derzeit neu und umfassend definiert. Zumindest besagen dies Experten des Marktforschungsinstituts Ipsos, Hamburg (www.ipsos.de), die in Zusammenarbeit mit dem Zukunftsforscher Horst Opaschowski auf der Basis repräsentativer Bevölkerungsbefragungen einen „Nationalen Wohlstands-Index für Deutschland“ (NAWI-D) entwickelt haben. Demnach zeichnen sich nach den Ergebnissen die Konturen eines neuen „Wohlstandsbarometers“ ab, den man in einem „Vier-Säulen-Modell“ darstellen kann:

Der Mensch steht im Mittelpunkt – und nicht der Staat und die Märkte

Es habe sich gezeigt, dass „Wohlstand“ von der Bevölkerung nicht ausschließlich mit ökonomischem Wachstum gleichgesetzt werde. Zwar spielten auch heute im „Wohlstandsverständnis der Deutschen“ die materiellen Erfolge weiterhin eine „fundamentale Rolle“, aber den meisten Menschen erscheine diese Sicht „viel zu verkürzt und unvollständig“. Nach den inhaltlichen Dimensionen, die die Bürger heute mit dem Begriff „Wohlstand“ assoziierten, müsse ein „Nationaler Wohlstands-Index“ auf folgenden vier Säulen stehen:

- dem ökonomischen Wohlstand: „Sicher und ohne Geldsorgen leben“;
- dem ökologischen Wohlstand: „Naturnah und nachhaltig leben“;
- dem gesellschaftlichen Wohlstand: „Frei und in Frieden leben“; und
- dem individuellen Wohlstand: „Gesund und ohne Zukunftsängste leben“.

Diese Sichtweise räume mit dem „Irrglauben“ auf, „dass allein ein höherer Lebensstandard mit einem höheren Maß an Lebenszufriedenheit einhergeht“. Vielmehr würden sich folgende „Bedeutungsgewichte“ aus den Berechnungen ergeben:

- 39 Prozent für den ökonomischen Wohlstand,
- 12 Prozent für den ökologischen Wohlstand,
- 18 Prozent für den gesellschaftlichen Wohlstand und

- 31 Prozent für den individuellen Wohlstand.

Es gehe also „nicht mehr um das Immer-Mehr“, so Opaschowski. „Die Deutschen wollen ihren erarbeiteten, verdienten und erworbenen Wohlstand in Sicherheit bringen und sich gegen Lebensrisiken absichern“ Der „Wohlstand im 21. Jahrhundert“ habe „seine Luxus-Komponente verloren. Wohlhabend ist derjenige, der sicher und sorgenfrei leben kann.“

Vom „Wohlleben“ zum „Wohlergehen“

Die Ergebnisse der Umfrage deuteten auf einen „grundlegenden Paradigmenwechsel vom Wohlleben zum Wohlergehen“ hin. Die „Wohlstandsgesellschaft als Wegwerfgesellschaft“, die im ausgehenden 20. Jahrhundert noch ein großes Thema gewesen sei, entwickle sich mehr und mehr zur „Wohlfühl- und Wohlergehensgesellschaft“, die ihren Bürgern soziale Sicherheit und soziale Wärme garantieren soll.

71 Prozent der Deutschen würden sich erst dann als „wohlhabend“ fühlen, „wenn sie materiell soweit abgesichert sind, dass sie keine finanziellen Sorgen haben müssen“. Sie definierten „Wohlstand“ heute „als Abwesenheit von Arbeits-, Einkommens- und Existenzrisiken“. An die Erfüllung weiterer „Wohlstandsträume“ könnten sie erst denken, wenn das Einkommen (65 Prozent), der Arbeitsplatz und die Rente (je 62 Prozent) „sicher“ seien.

Auch mental stehe die Sicherheit „ganz obenan“: „Wohlstand“ heiße für 54 Prozent der Bundesbürger: „Keine Angst vor der Zukunft haben“. „Wohlstand“ fange bei ihnen mit „Wohlfühlen“ an – vom „Sich-gesund-Fühlen“ (53 Prozent) bis zur Gewissheit, „sich eine gute medizinische Versorgung leisten zu können“ (54 Prozent). Und „sozial gesehen“ sorgten erst die Existenz „guter Freunde“ (43 Prozent) und guter „Kontakt zur Familie und zu den Verwandten“ (40 Prozent) für Schutz und Sicherheit „und – wenn es sein muss – auch für Hilfe in der Not“.

Materielle Träume ausgeträumt

Der „Traum vom materiellen Immer-Mehr“ sei „für die meisten Deutschen ausgeträumt“. Nur noch 29 Prozent der Bevölkerung könnten sich „nahezu uneingeschränkt materiellen Wünsche erfüllen“. Nur 36 Prozent der Bevölkerung könnten von sich sagen, „keine finanziellen Sorgen zu haben“.

Fast 20 Prozent der Bevölkerung könnten „sehr schlecht“, insgesamt 63 Prozent „nicht ausreichend“ für die eigene Zukunft finanziell vorsorgen. Besonders die bis 34-Jährigen würden ihre Vorsorgeleistungen als sehr niedrig einstufen (33 Prozent „schlecht“, 78 Prozent „nicht ausreichend“). „Da mag es der Wirtschaft noch so gut gehen: Vor dem Hintergrund stetig steigender Lebenserwartung wird die persönliche Zukunftsvorsorge für die Mehrheit der Deutschen immer unsicherer“, so wertet Opaschowski die Untersuchungsergebnisse. 59 Prozent der Bundesbürger könnten sich schon jetzt „eine gute medizinische Versorgung“ nicht in ausreichend hohem Maße leisten.

Gesellschaftlicher Wohlstand führt zu guter Gesamtbilanz

Trotz der negativen Aspekte in der „Wohlstandsbilanz“ würden die Deutschen die „gesellschaftlichen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte“ sehr wohl zu schätzen wissen. So werde „in Frieden mit den Mitmenschen leben“ (64 Prozent) und „seine Meinung frei äußern können“ (61 Prozent) als Faktoren gesellschaftlichen Wohlstands hoch bewertet, „weil sie erst die Voraussetzungen dafür schaffen, im eigenen Land gut leben zu können“. Dazu trage insbesondere auch „der soziale Zusammenhalt im Nahmilieu“ bei. Intensive Familienbeziehungen (64 Prozent) und die Pflege der Kontakte zu guten Freunden (58 Prozent) sorgten für ein „Wohlergehen im eigenen Land“. Das sei „Lebensqualität und nicht nur Lebensstandard“. Das sei „gesellschaftlicher Fortschritt“.

Fazit der Experten

„Wer den Ursachen wachsender Unzufriedenheit und Politikverdrossenheit auf den Grund gehen will“, der müsse „Wohlstandspolitik“ zur „Wohlergehenpolitik“ machen, „in deren Zentrum die Förderung der persönlichen und gesellschaftlichen Lebensqualität“ stehen müsse. Mehr Arbeitsplatzsicherheit, mehr Einkommenssicherheit, mehr Sicherheit des Rentenniveaus, mehr Geldwertsicherheit, mehr Sicherheit der medizinischen Versorgung und mehr Sicherheit der Zukunftsvorsorge sind Faktoren, derer die Politik sich annehmen müsse. Lebensqualität müsse bei den Bürgern ankommen, „weil sie sich „mit bloßen Programm- und Reform-Ankündigungen nicht mehr zufriedengeben“. Andernfalls könnten „Unzufriedenheit und Politikverdrossenheit“ wachsen „– mit der möglichen Folge postdemokratischer Entwicklungen“.

Einen Überblick über den „Nationalen Wohlstandsindex für Deutschland (NAWI-D)“, den die Ipsos GmbH in Zusammenarbeit mit dem Zukunftswissenschaftler Horst W. Opaschowski entwickelt hat, finden Sie [hier zum Download](#).

Was zeichnet einen guten Staatsbürger aus?

Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) haben viele Rechte. Sie dürfen etwa ihren Wohn- und Arbeitsort in der Union frei wählen, Unternehmen gründen, bei Europa- und Kommunalwahlen in einem beliebigen Mitgliedstaat kandidieren und wählen oder Petitionen beim Europaparlament einbringen. Garantiert wird das durch die 1993 eingeführte Unionsbürgerschaft. 2013 wurde zu deren 20-jährigem Jubiläum zum "Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger" ausgerufen. In diesem Jahr sollen mit vielen Veranstaltungen die Menschen über ihre Rechte als Unionsbürger informiert werden. Aber die Europäische Kommission will auch erfahren, wo den Europäern der Schuh noch drückt. "Das Europäische Jahr bietet uns Gelegenheit, die Bürger anzuhören und zu erfahren, was sie sich wünschen und wie wir zusammen die Europäische Union der Zukunft gestalten können", sagte Viviane Reding, EU-Kommissarin für Justiz und Bürgerschaft.

Wie die verbleibenden Hindernisse, die die Rechte der EU-Bürger nach wie vor einschränken, abgebaut werden können, will die EU-Kommission im kommenden Jahr in ihrem Bericht über die Unionsbürgerschaft vorschlagen.

Wie sieht es aber in Europa mit der Politikbegeisterung oder Politikverdrossenheit aus? An der „Bringschuld der Politiker“ gibt es für viele Menschen keinen Zweifel. Aber neben allem „Ärger über das Versagen der Parteien müsse auch die Frage gestellt werden, welche Pflichten denn eigentlich die Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Gemeinschaft haben“, meinen die Experten des IMAS International Institut für Markt- und Sozialanalysen, Linz (www.imas.at), die sich im vergangenen Jahr beispielhaft bei rund 1.100 Österreichern und Österreicherinnen erkundigt haben, „nach welchen Grundsätzen ein guter Staatsbürger ihrer Meinung nach leben sollte“. Die Antworten, so die Experten, würden „in einigen Punkten nachdenklich stimmen“. Zwar gebe es „an der demokratischen Grundhaltung der Österreicher nichts zu deuteln“, doch könne man andererseits auch nicht bestreiten, „dass die Vorstellungen der Bevölkerung da und dort ganz erheblich von denen der Regierenden abweichen“.

Sieben politische Tugenden die wir selbst verantworten können

Mehr als jeder zweite Österreicher findet es wichtig, dass man:

- die Meinungsfreiheit verteidigt (57 Prozent);
- möglichst viel Eigenverantwortung übernimmt (56 Prozent);
- offen seine Meinung sagt und seinen Standpunkt mutig vertritt (54 Prozent);
- sich nicht auf Kosten der Allgemeinheit bereichert (53 Prozent);
- sich regelmäßig an Wahlen und Volksentscheiden beteiligt (52 Prozent);
- für Schwache und Hilfebedürftige eintritt, aber keine Sozialschmarotzer duldet (50 Prozent) und
- die Sprache und kulturelle Überlieferung seines Landes pflegt (50 Prozent).

Mitbestimmung wird gewünscht aber oft genug nicht ausgeübt

Eine geringe Zustimmung fanden die Forderungen, „sich für Bildung und Leistung einzusetzen, wissensdurstig zu sein und immer Neues dazuzulernen“ (41 Prozent). 39 Prozent der Befragten vertraten die Ansicht, man solle in der Politik nicht nur protestieren, sondern auch sagen, was und wie man etwas besser machen könne. Mit lediglich 31 Prozent ist das Bekenntnis zur freiwilligen, ehrenamtlichen Arbeit „auffallend gering“, obwohl die Österreicher, wie eine frühere IMAS-Umfrage gezeigt hat, „das Ehrenamt grundsätzlich als Sinnquelle des Lebens empfinden“. Nur jeder vierte Österreicher (26 Prozent) vertritt die Meinung, ein guter Staatsbürger solle gegenüber Älteren und Vorgesetzten „möglichst großen Gehorsam“ zeigen.

Kaum drei von zehn Befragten (29 Prozent) sehnen sich nach einer „egalitären Gesellschaft“ und setzen demgemäß auf möglichst viel Gleichheit. Noch geringer ist der Anteil derer, die explizit eine persönliche Mitbestimmung in der Politik forderten (28 Prozent). Dies bestätige die Befunde anderer Umfragen, dass es sich „bei der vermeintlich heiß gewünschten Beteiligung der Wähler am politischen Entscheidungsprozess um ein gern deklamiertes, in Wirklichkeit aber keineswegs um ein elementares Verlangen der Bevölkerung handelt“.

Besonders fern läge der Bevölkerung „das Engagement für die Europaidee“ (18 Prozent) und für eine „multikulturelle Gesellschaft“. Nur 11 Prozent zählten das Eintreten für die Rechte der Zuwanderer zu den wichtigsten Grundsätzen eines Staatsbürgers.

Heimatverbundener Traditionalist oder multikultureller Gleichheitsphilosoph?

Mit Hilfe spezieller Analysen habe man aus den Befunden der Umfragen „sehr deutlich erkennbare Bewusstseinsfamilien“ (Typen ähnlicher Denkweise) herausgefiltert:

Pflichtbewusste Bürger

Die zahlenmäßig „stärkste Bewusstseinsfamilie“ sei eine Personengruppe, die als „Pflichtbewusste Bürger“ („Good Citizen“) charakterisiert werden könnte. Hierzu gehörten Erwachsene, „die sich für möglichst viel Eigenverantwortung, freiwillig erbrachte Leistungen, konstruktive Kritik an den inneren Zuständen, sowie für eine rege Beteiligung an Wahlen aussprechen und eine Bereicherung des Einzelnen auf Kosten der Allgemeinheit ablehnen“. Dieses Denk- und Verhaltensmuster sei bei 32 Prozent der Bevölkerung „besonders stark ausgeprägt“. Ob man ein „Pflichtbewusster Bürger“ sei, hänge vor allem vom Alter und von der Bildung ab. Personen über 50 Jahre sowie Angehörige der höchsten Bildungsschicht (Abiturienten und Akademiker) seien unter den „Musterdemokraten“ viel häufiger zu finden als andere Bevölkerungsgruppen.

Heimatverbundene Traditionalisten

Die zweitstärkste „Bewusstseinsfamilie“ bestehe aus Bürgern und Bürgerinnen, die besonders viel Wert auf die Pflege der eigenen Sprache und der kulturellen Überlieferungen legten, „die für die Verteidigung des christlichen Glaubens eintreten, Recht und Ordnung einfordern, das Prinzip des Gehorsams bejahen und für die Liebe zur Heimat eintreten“. In reinster Form finde man den Typ des „heimatverbundenen Traditionalisten“ bei 21 Prozent der Bevölkerung. Für die junge Generation (Personen unter 30 Jahre) sei „ein mittelmäßiges Heimatbewusstsein“ charakteristisch. Sie wende sich also im Falle der Österreicher keinesfalls von den „österreichischen Charakterzügen“ ab.

Multikulturelle Gleichheitsphilosophen

Im schroffen Gegensatz zu den „heimatverbundenen Traditionalisten“ stünden die „multikulturellen Gleichheitsphilosophen“. Zu dieser „Bewusstseinsfamilie“ seien die Personen zu rechnen, die sich „ganz allgemein für viel Gleichheit einsetzen, die Aufgeschlossenheit für fremde Kulturen preisen, die Gleichstellung von Zuwanderern mit Österreichern anstreben, sich für eine europäische Gesinnung stark machen und im Übrigen laut nach politischer Mitbestimmung rufen“. Diese Gruppe repräsentiere nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung. Ihr „harter Kern“ umfasse lediglich vier bis fünf Prozent der Erwachsenen.

Am Beispiel der Österreicher lässt sich also erkennen, dass auch die Europäische Gesellschaft noch weiter zusammenwachsen kann. 500 Millionen Menschen profitieren täglich von ihrem Status als EU-Bürger, ohne genau ihre Rechte und Möglichkeiten zu kennen. Grund genug, für die Europäische Union, im europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger, grenzüberschreitend Aufklärungsarbeit zu betreiben.

*Der IMAS-„Demokratiespiegel: Die Vorstellung vom guten Staatsbürger“ (IMAS-Report 10/2012) steht [hier zum Download](#) bereit.
Mehr zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 finden Sie [hier](#).*

Gesundheit

Daten und Trends: Gesundheit und Lebenssituation in Deutschland

Deutschland fühlt sich gesund. Zumindest ein großer Teil der Bevölkerung. 69 Prozent der Frauen und 75 Prozent der Männer bewerten ihren Gesundheitszustand als „sehr gut“ oder „gut“. Das ergibt sich aus der Studie „Gesundheit in Deutschland aktuell“ (GEDA), für die Experten und Expertinnen des Robert Koch-Instituts, Berlin (www.rki.de), im Zeitraum vom September 2009 bis Juli 2010 mehr als 22.000 Männer und Frauen im Alter ab 18 Jahren aus allen Regionen befragt haben. Die Ergebnisse der Befragung, die unlängst vorgelegt wurden, zeichnen „ein umfassendes Bild des Gesundheitszustands, der Einflussfaktoren sowie der Inanspruchnahme von Leistungen des Gesundheitssystems“. Bei den Jüngeren sei der allgemeine Gesundheitszustand im Vergleich zur letzten Studie vor zehn Jahren „im Wesentlichen gleich geblieben“. Bei den Über-65-Jährigen setze sich – nach deren Selbsteinschätzung – der schon im Jahr 2003 bemerkte Trend zur Verbesserung der Gesundheit weiter fort.

Gefühlte Gesundheit in Ost und West

Jüngere seien seltener chronisch krank als noch vor einigen Jahren. Ein Fünftel der Befragten hätten eine oder mehrere chronische Krankheiten. Frauen seien über alle Altersklassen hinweg tendenziell häufiger davon betroffen als Männer. Mit rund acht Prozent sei der Anteil häufig oder langfristig Erkrankter in der Altersgruppe zwischen 45 und 64 Jahren am höchsten.

Zehn Prozent der Befragten litten unter psychischen Belastungen. Nach Aussage der Befragten, sei das seelische Wohlbefinden von Frauen häufiger beeinträchtigt als das von Männern. Im Alter zwischen 30 und 64 Jahren würden Männer am ehesten über Beeinträchtigungen des seelischen Wohlbefindens klagen. Neun Prozent der Frauen und mehr als fünf Prozent der Männer hätten über eine diagnostizierte Depression im Verlaufe des zurückliegenden Jahres berichtet.

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt berichteten Frauen im Osten häufiger über chronische Krankheiten, während dies bei Frauen in Baden-Württemberg seltener der Fall sei. Männer in Baden-Württemberg und Bayern berichteten tendenziell seltener über chronische Krankheiten als der Bundesdurchschnitt.

Nehmen bestimmte Krankheiten zu?

An Asthma leiden laut Studie seit der letzten Erhebung im Jahr 2003 immer mehr Menschen in Deutschland: Jede zehnte Frau und jeder zwölfte Mann sei erkrankt oder hätten Asthma schon einmal gehabt. Zudem sei im Alter ab 65 Jahren mittlerweile jede fünfte Frau und jeder fünfte Mann zuckerkrank. Bis zum Alter von 44 Jahren liege der Anteil der Erkrankten dagegen unter zwei Prozent. Insgesamt habe in den letzten zwölf Monaten bei mehr als sieben Prozent der Befragten ein ärztlich diagnostizierter Diabetes vorgelegen. Als Gründe für die zunehmende Häufigkeit dieser Erkrankungen seien zu nennen: „eine verbesserte Früherkennung, eine veränderte Altersstruktur sowie ein Anstieg der Diabetes-Risikofaktoren“.

Muskel- und Skeletterkrankungen seien bei Frauen besonders häufig anzutreffen. Bei über einem Viertel der Frauen hätten die Ärzte Arthrose diagnostiziert, bei über 17 Prozent der über 50-Jährigen Osteoporose, bei acht Prozent Arthritis. Bei den

über-65-jährigen Frauen litten mehr als die Hälfte unter Arthrose. Damit sei seit dem Jahr 2003 die Häufigkeit von Arthrose bei dieser Gruppe um sieben Prozent angestiegen.

Koronare Herzerkrankung würden mehr Männer als Frauen betreffen. Besonders spürbar wäre dieser Trend bei den Über-65-Jährigen. Hier litten derzeit 18 Prozent der Frauen und 28 Prozent der Männer unter einer solchen Erkrankung.

Rauchen, Alkohol und Sport – Einflussfaktoren für die Gesundheit

Der Anteil fettleibiger Frauen und Männer sei in Deutschland im Vergleich zu 2003 „signifikant um drei Prozentpunkte angestiegen“. 44 Prozent der Frauen und 60 Prozent aller Männer seien übergewichtig oder fettleibig. Gut die Hälfte der Frauen und Männer ab 65 Jahren habe einen zu hohen Blutdruck, etwa 40 Prozent erhöhte Blutfettwerte.

Die Raucherquote sinke indes weiter: Zum Zeitpunkt der jüngsten Befragung hätten 26 Prozent aller Frauen und 34 Prozent aller Männer täglich oder gelegentlich geraucht. Im Jahr 2003 seien es noch 29 Prozent der Frauen und 38 Prozent der Männer gewesen. Besonders ausgeprägt gehe die Zahl der Raucherinnen und Raucher in den jüngeren Altersgruppen zurück, so bei den 18- bis 29-jährigen Frauen um zehn Prozentpunkte (2003: 46 Prozent; 2010: 36 Prozent). Bei den gleichaltrigen Männern habe der Rückgang sogar 13 Prozentpunkte betragen (2003: 55 Prozent; 2010: 42 Prozent).

Der Anteil der Sporttreibenden steigt. Fast zwei Drittel der Frauen und Männer, und somit rund vier Prozent mehr als vor zehn Jahren, würden heute Sport treiben. Über mehr als vier Stunden Sport pro Woche hätten knapp ein Fünftel der Frauen und gut ein Viertel der Männer berichtet.

Kritisch wird in der Studie vermerkt, dass nur 71 Prozent der Frauen und 50 Prozent der Männer täglich Obst verzehrten. Gemüse komme täglich bei 49 Prozent der Frauen und 31 Prozent der Männer auf den Tisch. Damit läge der Konsum von Obst und Gemüse „deutlich unter den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung“.

Ein Fünftel der Frauen und ein Drittel der Männer würden zu viel Alkohol trinken. Bei den Unter-30-Jährigen konsumierten 32 Prozent der Frauen und 45 Prozent der Männer alkoholische Getränke „in Mengen, die gesundheitsschädigend sein können“. In „moderaten Mengen“ würden etwas mehr als die Hälfte der befragten Frauen und Männer Alkohol trinken, ein Viertel der Frauen und ein Siebtel der Männer aber nie. Jede zehnte Frau und mehr als doppelt so viele Männer würden „mindestens einmal im Monat mehr als sechs Gläser alkoholischer Getränke bei einer Gelegenheit“ trinken („Rauschtrinken“) und so ihre Gesundheit riskieren.

Bayern zufriedener auch ohne Obst und Gemüse

In der Studie wird ein Vergleich der gesundheitlichen Situation in Baden-Württemberg, Bayern, und Nordrhein-Westfalen sowie in anderen Regionen gezogen, in denen jeweils einige Länder zusammengefasst sind. Hinsichtlich einiger Gesundheitsindikatoren (gesundheitliche Einschränkungen, Unfallverletzungen, Übergewicht oder Seh- und Hörbeeinträchtigungen) ließen sich keine

wesentlichen regionalen Unterschiede erkennen. Dagegen hätten aber Männer und Frauen in Baden-Württemberg insgesamt seltener über chronische Erkrankungen berichtet. Sie litten seltener an Bluthochdruck und hätten auch zu größeren Anteilen angegeben, Sport zu treiben. Die Frauen aus Baden-Württemberg litten seltener an Diabetes. Ihre Arbeitsbedingungen schätzten sie seltener als „stark oder sehr stark gesundheitsgefährdend“ ein. Die Frauen aus Bayern hätten seltener über seelische Belastungen berichtet und ihren allgemeinen Gesundheitszustand besser eingeschätzt als der Bundesdurchschnitt. Männer in Bayern rauchten seltener als der Durchschnitt und empfänden ihre Arbeitsbedingungen auch seltener als gesundheitsgefährdend. Allerdings würden die Männer und die Frauen in Bayern – im bundesweiten Vergleich – auch seltener Obst und Gemüse essen. In Nordrhein-Westfalen würden Erkrankungen an chronischer Bronchitis bei den Frauen und bei den Männern häufiger auftreten als im Bundesdurchschnitt, bei den Frauen zusätzlich auch die Asthmaerkrankungen.

In den Regionen „Ost-Nord“ (Sachsen-Anhalt, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) und „Ost-Süd“ (Thüringen, Sachsen) litten die Männer seltener unter chronischer Bronchitis und Arthrose. Frauen und Männer in den Regionen „Ost-Nord“ und „Ost-Süd“ würden häufiger Obst und Gemüse essen und häufiger an Gripeschutzimpfungen teilnehmen als der Bundesdurchschnitt. Frauen und Männer aus der Region „Ost-Süd“ würden sich häufiger gegen Tetanus impfen lassen und gingen auch zu größeren Anteilen zu den Zahnvorsorgeuntersuchungen. Die Männer in der Region „Ost-Süd“ würden häufig Alkohol in einem „gesundheitsbedenklichen Maß“ trinken. Die Häufigkeit von Diabetes sei hier höher als im Bundesdurchschnitt. Frauen in der Region „Ost-Süd“ rauchten seltener als der Durchschnitt. Sie würden aber häufiger über chronische Erkrankungen berichten und schätzten auch ihren allgemeinen Gesundheitszustand seltener als gut oder sehr gut ein. Dagegen würden bei ihnen Depressionen seltener diagnostiziert als im Bundesdurchschnitt.

Die Studie des Robert Koch-Instituts (Berlin) „Gesundheit in Deutschland aktuell 2010“ (188 S.; Reihe: „Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes“) findet sich [hier zum Download](#).

Wie wir in Zukunft essen wollen

Was ist uns im Zusammenhang mit Ernährung eigentlich wichtig? Und wie verändern sich unsere Werte im Laufe der Zeit? Dies sind zwei zentrale Fragen, die der aktuellen Erhebung des „Consumer Value Monitors“ des Schweizer Gottfried Duttweiler Instituts, (GDI), Rüschlikon/Zürich (<https://www.gdi.ch/>) zugrunde liegen. Im Consumer Value Monitor wird die Werteeinstellung von Konsumenten zum Thema Ernährung regelmäßig untersucht, um Händlern und Produzenten eine Leitlinie zu geben.

Beim Essen überwiegt Pessimismus

Die Zufriedenheit der Konsumenten mit „der Ernährung von heute und von morgen“ habe laut der Studienautorin und Trendforscherin Mirjam Hauser „drastisch abgenommen“. Skepsis und Misstrauen in Bezug auf das Angebot von Lebensmitteln seien größer geworden. Wo vor zwei Jahren noch fast jeder Dritte „zuversichtlich in die Ernährungszukunft geblickt habe“, wäre das heute nur noch jeder Fünfte. Etwas scheine „massiv aus dem Ruder zu laufen“, stellt die Expertin fest. Dabei habe man „erhebliche Veränderungen“ im Vergleich zu den Ergebnissen der Basisstudie von 2008 registriert. Hauser stellt aber auch fest: Die

Erfolgschancen von Innovationen, die in der Lebensmittel-Branche „bisher Bestehendes infrage stellen“, seien „so groß wie nie zuvor“. Es würde vieles dafür sprechen, „dass die Konsumenten sich heute eine bessere Ernährungszukunft zwar nicht vorstellen können, aber bereit für einen Wechsel sind“. Eine mögliche Trendwende könne durch folgende Aspekte charakterisiert sein:

Die Dinge wieder beim Namen nennen, nicht mit Worten verfälschen

Lebensmittelanbieter müssten zukünftig aus dem „Kategorien-Denken“ ausbrechen und wirkliche Innovation bringen, die die „Bedürfnisse der Konsumenten besser bedienen“. Sinnvoll sei die Vorauswahl von Produkten, so dass ein schlankes und „gutes“ Sortiment angeboten werden könne, also: **Frisch, natürlich, nachhaltig, regional, saisonal, authentisch**. Zudem sei eine transparente Kommunikation und die glaubhafte Vermittlung von sozialen und ökologischen Mehrwerten dieser Produkte sinnvoll. So könne man „aus der Sackgasse wieder herauskommen“.

Nach Ansicht der Konsumenten leben wir in einer Esskultur, in der der ernährungswissenschaftliche Aspekt überbetont werde. Von den Konsumenten werde „geradezu verlangt“, dass sie, gestützt auf Zertifizierungen, Gütesiegel und weiteres, ein „optimiertes Essen“ auswählen. Die romantische Erinnerung an Ursprungsnähe und Unbeschwertheit, an entspannten Umgang mit Essen und an eine Geborgenheit, wie es in der Wahrnehmung der Konsumenten noch in den sechziger- und den siebziger Jahren gewesen sei, sei „zunehmend verloren gegangen“.

Mehr Qualität statt „billig um jeden Preis“

Im Vergleich zu den früheren Erhebungen trete ein Wert im Bewusstsein der Konsumenten immer deutlicher hervor: „das Preis-Leistungs-Verhältnis“. Dieses Thema habe sich „in eine für die Anbieter unangenehme Richtung entwickelt“. Die Lebensmittel würden von vielen Konsumenten als zu teuer empfunden. Zudem habe der „einseitige Fokus der Werbung auf den Preis“ noch die falschen Signale ausgesendet. Die Anbieter von Lebensmitteln und Speisen würden folglich gut daran tun, nicht so sehr auf den Preis zu setzen. Das erhöhe nur „die generelle Preissensibilität“. Vielmehr sollten sie die Leistung in den Vordergrund stellen. Vor allem müsste den Kunden glaubhaft vermittelt werden, „warum bestimmte Produkte einen bestimmten Preis haben“. Es dürfe nicht „um das Billigste um jeden Preis“ gehen, sondern „um die Nachvollziehbarkeit der Preise“.

Zudem habe das Thema „Nachhaltigkeit“ in den vergangenen drei Jahren an Bedeutung gewonnen. Noch vor zwei Jahren hätten die Konsumenten zwar umschreiben können, „was nicht nachhaltig ist“, sie hätten aber „keinen Gegenentwurf entwerfen“ können. Heute spreche nahezu jeder Zweite „von sich aus über Nachhaltigkeit in ihren unterschiedlichen Facetten“: Über die Achtung vor der Umwelt, über Sicherheit und Transparenz, über die Qualität der Produkte, über die Kultur des Anbaus und letztlich auch über einen sparsamen Umgang mit „endlichen Ressourcen“. Die heutige Esskultur werde zumeist mit „kurzfristiger (Profit-) Orientierung“ assoziiert. Für die Zukunft erwarteten die Konsumenten aber eine nachhaltige Entwicklung.

„Bauernhof-Feeling“ im Lebensmittelladen

Am Beispiel neuer Einkaufsformate könne man sehen, wie viel Raum der Markt für Innovationen biete. Die Erwartungshaltung der Konsumenten für „die Food-Handelslandschaft der Zukunft“ könne man in etwa so formulieren: „So wie vor dreißig Jahren, nur mit dem Internet“. Einige der Zukunftskonzepte, die im Lebensmittelhandel derzeit entworfen oder diskutiert würden, deuteten klar auf einen solchen Retro-Trend hin.

- eine „Wiederentdeckung der kleinen Nahversorger“ in „Laufdistanz“, bei „Tante Emmas Enkeln“; kombiniert mit Online-Einkauf in verschiedensten Formen;
- produktionsnähere Konzepte, bei denen Händler stärker die Lebensmittelproduktion darstellten oder neue Verbindungen zwischen Produzenten und Konsumenten geknüpft werden. Beispiele hierfür seien Trends zu verpackungslosen Produkten im Frischebereich oder Milch zum Selberabfüllen, wie Martina Merkle, Leiterin Marktforschung im Schweizer Migros-Genossenschafts-Bund, feststellt.

„Retro“ allein werde aber den Kunden nicht genügen, es bestehe außerdem in der Lebensmittelbranche ein großes Potenzial für „disruptive Innovationen“, also eine Form der Innovation, die die bestehenden Spielregeln im Markt ändert. Möglichkeiten hierfür böten sich in den Bereichen Produktion (die Konsumenten könnten in stärkerem Maße „selbst zum Produzenten ihrer Lebensmittel werden“) und Gastronomie (dass Restaurant-Gäste „so gut wie nie“ nach dem Essen Lebensmittel mit nach Hause nähmen, sei „eine verschenkte Absatzchance“). Künftig sei mit einer „stärkeren Verschmelzung von Handel und Gastronomie“ zu rechnen.

Mit neuen Angeboten Konsumenten hervorlocken aus der „Pessimismus-Starre“

Künftig würden neue und alte Angebotsformen noch stärker verschmelzen. Völlig andere, innovative Angebotsformen würden entstehen. Entlang der beiden „zentralen Ess-Achsen: Science versus Romance“ stünden den Anbietern vor allem vier Entwicklungsrichtungen offen, „um die Konsumenten aus ihrer Pessimismus-Starre hervorzulocken“:

Love-Food

Diese „fast gänzlich rückwärtsorientierte Variante“ bestehe darin, „die Sehnsucht nach Romantik zu stillen“. Dieses „Nostalgie-Essen“ biete „wiederaufgelebte Traditionen, Rituale und alte Gewohnheiten: Love-Food wie zu Großmutterns Zeiten“. Hier empfehle sich, „das ‚Einfache‘ zu fördern“, also „ein vorselektioniertes, klar überschaubares Sortiment ursprünglicher, lokaler und saisonaler Produkte anzubieten“.

Right Food

Hier bewege sich der Anbieter „im Bereich des sehr bewusst handelnden Individuums“, das seine Mahlzeiten „nach expliziten Kriterien“ (vegetarisch, biologisch oder kalorienreduziert) zusammensetzt, also „im Feld des Rationalen und des Investierens“. Je kritischer der Konsument der Produktion, der Verarbeitung, dem Transport und dem Konsum gegenüberstehe, „desto mehr interessiert es ihn, mit gutem Gewissen genießen zu können“.

Functional Food

Produkte wie „Functional Food“ würden „einen sofortigen gesundheitlichen Mehrwert“ versprechen, der zudem einfach zu kaufen sei.

Comfort-Food

Hier sei „die Konsumierbarkeit“ ebenfalls eine Komponente, das zweite Charakteristikum sei hier aber „das Sich-vom-Bauchgefühl-leiten-Lassen“. Die „Lust und der unmittelbare Genuss“ seien für Kunden solcher Anbieter wichtige Kriterien. Impulskäufe seien in diesem Marktsegment „die Regel“.

Weitere Informationen zum „Consumer Value Monitor“ finden sich im Internet [auf der Website des Gottlieb-Duttweiler-Institutes](#). Dort kann der „Consumer Value Monitor“ auch als Download-Version erworben werden: Mirjam Hauser: Consumer Value Monitor. Food – Wie die Konsumenten in Zukunft essen wollen. (GDI-Studie 38, 48 S., 92,00 CHF, ISBN 978-3-7184-7084-6).

Marketing

Die Shopping-Center-Industrie in Deutschland boomt

Große Einkaufszentren mit zahlreichen Einzelhandelsgeschäften unter einem Dach haben sich in Deutschland fest etabliert. Gab es 1970 erst 14 solcher Center, so stieg deren Gesamtzahl bis zum Jahr 2012 auf über 660 an. Allein im vergangenen Jahr sind 25 neue Zentren hinzugekommen, so dass sich die gesamte Shopping-Center-Fläche mittlerweile auf rund 16,3 Mio. Quadratmeter beläuft. Bis zum Jahr 2015 sind insgesamt 112 weitere Center in Planung. Dieser Trend, der mit einem veränderten Einkaufsverhalten der Konsumenten in Deutschland einher geht, wurde in der neuen Studie „Shopping-Center Planungen 2012-2015“, des Instituts für Gewerbezentren, Starnberg (www.shoppingcenters.de), unlängst vorgestellt.

Flächendeckende und vielfältige Planung

Auch kleinere Städte stünden derzeit neben Projekten in Großstädten und Mittelstädten auf der Liste der Center-Planer. Knapp Dreiviertel aller projektierten Center seien als klassische Einkaufszentren geplant, rund 15 Prozent als Fachmarktzentren. Der Rest seien Galerien, Passagen und Outlets. Besonders so genannte „Factory-Outlet-Center“ also Einkaufszentren, in denen Markenartikel deutlich günstiger als zu den üblichen Einzelhandelspreisen verkauft werden, hätten sich in Deutschland in den vergangenen Jahren etabliert. 2013 sollen bundesweit acht weitere „Outlets“ entstehen.

Shopping-Center werden für Konsumenten zum Erlebnispark

Statt in Konsumgüter investierten Konsumenten heute lieber in Freizeitaktivitäten. Daher würden Einkaufszentren, zum Beispiel durch besondere Ausstellungen, Musikveranstaltungen oder Themen-Shopping-Tage, inzwischen so aufgewertet, dass der Einkauf dort selbst zum Freizeiterlebnis wird.

Verbindung mit virtuellen Shopping-Welten

In den Planungen für Shopping-Center gewinnen eine architektonisch reizvollere Gestaltung als noch vor 20 Jahren und die bessere bauliche Integration in die Städte sichtbar an Bedeutung. Auch rückten die „Berücksichtigung von Nachhaltigkeit“ und eine stärkere Verschmelzung der Shopping-Center „mit virtuellen Shoppingwelten“ immer mehr in den Blickpunkt der Planungen. Virtuelle Shopping Center bieten Konsumenten die Möglichkeit, per Internet die Geschäfte auszuwählen und in Onlineshops einzukaufen. Ein weiterer Trend sei die Revitalisierung älterer Center, indem diese an das neue Konsumverhalten angepasst würden.

Ein Auszug der Studie „Shopping-Center Planungen 2012-2015“ liegt [hier zum Download](#) bereit.

Demographie

Europa bereitet sich auf das Altern vor

Hierzulande und auch europaweit gibt es eine Berufsgruppe, bei denen scheinbar noch nicht angekommen ist, dass ein demographischer Wandel stattfindet: Die Architekten. Geplant wird nach wie vor vornehmlich für junge und zahlungskräftige Zielgruppen. An barrierefreien und altengerechten Wohnungen mangelt es jedoch. Allein in Deutschland fehlen derzeit rund 2,5 Millionen barrierefreie Wohneinheiten, langfristig sogar 3 Millionen. Daher sei die Gestaltung von zukunftsorientierten Wohn- und Lebensformen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein wichtiges Thema, das „viele Politikfelder (Wohnungs-, Senioren-, Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik) betrifft“. Ziel sei dabei nicht allein die Versorgung Älterer mit Wohnraum, sondern ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, schreibt Sabrina Stula von der [Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa](#), Frankfurt. Stula gibt in der Studie einen Überblick über das strategische Herangehen an das „Wohnen im Alter“ in ausgewählten Mitgliedsstaaten der EU sowie über Initiativen und länderübergreifende Projekte und Netzwerke, die wichtige Impulse bei der Entwicklung neuer Wohnformen für ältere Menschen geben können.

Viele ältere Europäer im eigenen Haus

In der Europäischen Union lebe der überwiegende Teil der 65- und der Über-65-Jährigen allein (31,1 Prozent) oder als Paar (48,3 Prozent). Etwa 90 Prozent aller Personen im Alter von 65 Jahren und älter hätten 2009 in Deutschland, Frankreich, Finnland, und im Vereinigten Königreich selbständig im eigenen Haushalt gelebt, in den Niederlanden sogar 95 Prozent. Besonders niedrig sei dieser Anteil in Zypern, Spanien, Portugal und Estland, wo ältere Menschen oft in Haushalten gemeinsam mit ihren Kindern lebten. In Rumänien, Polen und den baltischen Staaten betrage der Anteil dieser Wohnform über zehn Prozent.

Die „Wohneigentumsquote“ der Über-65-Jährigen sei in allen europäischen Staaten – im Vergleich zu der in der Gesamtbevölkerung – recht hoch. So lebten etwa 80 Prozent der Belgier, Niederländer und Dänen im Alter von über 55 Jahren im eigenen Haus. Besonders hoch ist der Anteil älterer Menschen mit Eigenheim in Süd- und Osteuropa. Am geringsten sei das private Wohneigentum bei älteren Menschen in Schweden, Deutschland und der Tschechischen Republik verbreitet.

Im Jahr 2007 seien in 13 europäischen Staaten nur ein Prozent aller Wohnungen barrierefrei oder an die Bedürfnisse älterer Menschen angepasst gewesen. Damals seien in dieser Hinsicht vor allem Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen und Schweden „als fortschrittlich eingestuft“ worden.

Aktuelle europäische Projekte zum Wohnen im Alter

Mit der Programmplanungsinitiative „More years, better lives“ sollen die Zusammenarbeit und Kooperation bei der Entwicklung von Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen gefördert werden. Beteiligt seien Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, Spanien, die Türkei und das Vereinigte Königreich (Belgien, Irland und Norwegen als Beobachter). Gemeinsam habe man einen „strategischer Forschungsplan“ erarbeitet, der jetzt mit gemeinsamen Aktionen und Projekten umgesetzt werde. Auf der Internetseite der Initiative könne man sich über die aktuellen

und zukünftigen Forschungsprojekte der beteiligten Ländern zu den Themen „Gesundheit und Leistungsfähigkeit“, „Arbeit und Produktivität“, „Bildung und Lernen“, „Wohnungswesen und städtebauliche bzw. ländliche Entwicklung“, „Sozialsysteme und Wohlfahrt“ informieren (www.jp-demographic.eu).

Die Plattform „Quartiere und Lebensräume gestalten mit der Integration von Wohnen, Pflege und sozialen Angeboten“ fördert in der EU den Erfahrungsaustausch zu „lebensräumlichen Konzepten“. In dem entsprechenden Netzwerk wirkten Institute aus Dänemark, Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz mit. Auf der Internetseite des Netzwerkes sollen für jedes Land die nationale Seniorenpolitik charakterisiert und quartiersbezogene Wohnkonzepte beispielhaft vorgestellt werden (<http://www.isa-platform.eu>).

Am bereits beendeten Projekt „In Europa besser alt werden – regionale Perspektiven“ waren sieben Regionen aus Frankreich, Österreich, Polen, Rumänien und Ungarn beteiligt. Die Themen, zu denen sich dabei Vertreter regionaler Behörden austauschten, waren „Wohnen im Alter“, „Altersgerechte Infrastrukturen“, „Gesellschaftliche Integration älterer Menschen“, „Ältere Menschen mit speziellen Bedürfnissen“ und „Beschäftigung Älterer“. Zu diesen Themenkreisen ist ein Leitfaden erarbeitet worden („The Challenge of Ageing: Cooperation in Action“, 74 S.) der auf der AGE Platform Europe [zum Download](#) Bereit liegt.

Schwerpunkte des Projekts „HELPS – Housing and Homecare for the Elderly and Local Partnership Strategies in Central European Cities“ (Laufzeit: Oktober 2011 bis September 2014) sind „integrierte quartiersorientierte Ansätze“, die Gebäudeanpassungen mit „Vor-Ort-Angeboten für die Betreuung, Gesundheit, Nahversorgung und weiteren Dienstleistungen“ verknüpfen. Die Projektpartner erarbeiten „neue Formen der Kooperation zwischen Städten, Hauseigentümern, sozialen Einrichtungen, Pflegediensten sowie zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Quartieren“. Innovative Ansätze werden in Modellprojekten umgesetzt. [Weitere Informationen](#) sind auf der Website des Deutschen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung erhältlich.

Blick über den Tellerrand: zukunftsorientierte Wohn- und Lebensformen in Europa

In den **Niederlanden** habe bei den Wohnformen bereits früh „eine Entwicklung hin zu Mischformen zwischen Heim und Zuhause eingesetzt“. Seit Anfang der 1970er Jahre wurde der Ausbau des betreuten Wohnens gefördert. Langfristig sollten so „Alten- und Pflegeheime weitgehend überflüssig gemacht werden“. Während der 1990er Jahre habe man „Integrierte Versorgungsgebiete als Planungsinstrument eingeführt, um Wohnen, soziale Angebote und Pflege innerhalb eines Wohnviertels miteinander zu verknüpfen“. Seitdem seien von den Kommunen landesweit über 200 solcher Quartiere ausgewiesen worden. Fast die Hälfte der neu errichteten Wohnungen würden „anpassbar gebaut“.

In **Dänemark** wurde Ende der 1980er Jahre den Bau neuer Alters- und Pflegeheime „zunächst untersagt“. Dafür sei den Kommunen ermöglicht worden, eine Vielzahl alternativer Versorgungsformen anzubieten. Der „öffentliche Betreuungsservice“ sollte jetzt vor allem von ambulanten Diensten in selbstständigen Wohnungen geleistet werden. Die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen wurde „staatlich bezuschusst“. Die Gemeinden sind „gesetzlich verpflichtet, eine gewisse Anzahl

an Alterswohnungen zur Verfügung zu stellen, die barrierefrei und mit einem Notrufsystem ausgestattet sind". Schon einige Jahrzehnte gebe es Wohngemeinschaften von Personen über 50, die als Einfamilienhaussiedlungen angelegt seien und von den Bewohnern gemeinsam geplant und selbst verwaltet würden. 2011 hätten landesweit mehr als 200 solcher Wohngemeinschaften existiert. Weitere Schwerpunkte in der Seniorenpolitik sind der verstärkte Einsatz „unterstützender Technologien“ (wie der Telemedizin, der Sensortechnik in Wohnungen und Online-Pflege-Modelle) sowie „strukturierte Dienstleistungsabläufe im staatlichen Sektor“.

Die Sozialen Dienste in **Großbritannien** umfassen Sozialarbeit und Betreuungsdienste und werden von den Kommunalverwaltungen übernommen. Schon seit Anfang der 1960er Jahre sei eine „Abkehr von der reinen Heimversorgung hin zu einer gemeindenahen Versorgung“ zu verzeichnen. Die „National strategy for housing in an ageing society“ thematisiere „nicht nur aktuelle Herausforderungen für das Wohnen, sondern stelle auch die Bedeutung der Wohnumgebung für das Wohlbefinden und die Selbständigkeit älterer Menschen in den Vordergrund“. Schwerpunkte dieser Strategie seien „Investitionen in neuen altersgerechten Wohnraum, das Bereitstellen von Mitteln für kleinere Reparaturen und Anpassungen im Haus ebenso wie eine Ausweitung des Informations- und Beratungsangebots für ältere Menschen“.

In **Frankreich** liegt die Verantwortung für ältere Menschen heute arbeitsteilig beim Staat, bei den Trägern der Sozialversicherung, bei der Sozialwirtschaft und der Familie. Den Départements obliegt „die zentrale Verantwortung für die öffentliche Fürsorge, wie auch einige Kompetenzen im Bereich der öffentlichen Gesundheitsfürsorge“. In den letzten Jahren haben Angebote, die es älteren Menschen ermöglichen, so lange wie möglich zuhause zu leben, an Bedeutung gewonnen. Ausgebaut habe man Modelle wie die Kurzzeit- oder Tagespflege. Zudem seien Versorgungsangebote, wie das „Essen auf Rädern“, Haushaltshilfen oder Betreuungspersonen, entwickelt worden. 2010 sei angeregt worden, den Einsatz moderner Techniken in der Altenpflege zu verstärken und haushaltsnahe Dienstleistungen zu modernisieren. Im Rahmen einer „Alzheimerstrategie“ werden derzeit zentrale Anlaufstellen für an Demenz erkrankte Menschen und deren Angehörige.

In **Finnland** zielt die Politik für ältere Menschen strategisch darauf ab, „hochqualitative Dienste und Unterstützung flächendeckend bereitzustellen, damit viele ältere Menschen ihren Lebensabend im eigenen Zuhause verbringen können“. In Zukunft solle die Rolle der häuslichen Pflege noch weiter gestärkt werden, um den steigenden Bedarf in der Altenpflege zu befriedigen. Das selbständige Wohnen von älteren Menschen werde durch das Bereitstellen öffentlicher Finanzmittel für den Umbau privater Wohnungen unterstützt. Bei kleineren Reparaturen und Anpassungsmaßnahmen des Wohnraums würden die Kosten auf Antrag erstattet. Für Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf gebe es Angebote wie „Unterstütztes Wohnen“ oder „Betreutes Wohnen“, für Menschen mit sehr großem Unterstützungsbedarf das „Intensivierte Betreute Wohnen“. Die Heimunterbringung sei mittlerweile zum großen Teil durch diese Wohnformen ersetzt worden. Die „Altersstrategie“ stelle präventive Maßnahmen und die Förderung selbständigen Lebens im Alter in den Vordergrund. Für die Versorgung hochbetagter Bürger habe man sich Qualitätsziele gestellt, die bis Ende 2012 erreicht werden sollten. Es soll für bis zu 92 Prozent der Über-75-Jährigen durch individuell angepasste Sozial- und Gesundheitsleistungen möglich werden, selbstständig im eigenen Haushalt zu leben.

Fazit der Autorin

Aus den Konsequenzen des demographischen und sozialen Wandels ergibt sich europaweit die Notwendigkeit, neue Wohnformen zu entwickeln, „die dem Wunsch älterer Menschen nach Leben in vertrauter Umgebung Rechnung tragen“. Da die älteren Menschen sich in Bezug auf ihre Bedürfnisse, Interessen, Lebensstile, aber auch ihre finanziellen Möglichkeiten stark unterscheiden, seien „differenzierte und flexible Angebote nötig, die zum Beispiel auch den Bedürfnissen der wachsenden Gruppe älterer Menschen mit Migrationshintergrund oder mit Behinderung Rechnung tragen“.

Bei aller nationalen Spezifik könne man in den untersuchten Ländern eine Reihe gemeinsamer Trends identifizieren:

- Ein außerordentlich wichtiges Handlungsfeld sei die „barrierearme Gestaltung und Anpassung“ des Wohnraums. Bei Neubauten werde in den betrachteten Ländern zunehmend darauf geachtet, dass diese „anpassbar und flexibel“ errichtet würden.
- In den letzten Jahren sei europaweit „ein breites Angebot entstanden, bei dem die Trennung zwischen ambulant und stationär immer stärker verwischt und gemeindenahe Versorgung deutlich in den Vordergrund gestellt wird“. Präventive Hausbesuche sollen es (zum Beispiel in Dänemark und Finnland) ermöglichen, Hilfebedarfe schnell zu erkennen und Seniorinnen und Senioren bei der Planung des selbstbestimmten Lebens zu unterstützen.
- Zudem beschäftige man sich in den europäischen Staaten intensiver mit dem Einsatz technischer Hilfsmittel zur häuslichen Unterstützung älterer Menschen und zur Entlastung des Pflegepersonals.

Die Studie von Sabrina Stula „Wohnen im Alter in Europa – Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen“ (29 S; Arbeitspapier Nr. 7 der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa) steht [hier zum Download](#) bereit.

Technologie

Stark im Kommen: Biometrische Identifikationsverfahren

Überall, wo Menschen persönlich nicht bekannt sind, sie sich ausweisen müssen oder Zugang zu einem digitalen System benötigen, kommen Identifikationsmethoden zum Einsatz. Traditionelle Identifikationsverfahren, zum Beispiel anhand eines Ausweises oder einer Bankkarte oder anhand eines Passwortes zeigen heutzutage ihre Schwächen. Ausweise und Bankkarten gehen verloren, Passworte und Zahlencodes werden vergessen, gestohlen oder im Internet abgefangen. Durch den zunehmenden Einsatz von unterschiedlichen Internettechnologien und mobilen Endgeräten werden diese Schwächen immer offensichtlicher. Alternative, sicherere Authentisierungsverfahren werden gesucht und entwickelt. Dabei spielt, wie der Analyst Thomas Frank Dapp von Deutsche Bank Research, Frankfurt am Main (www.dbresearch.de), in seiner Analyse „Der vermessene Mensch“ aufzeigt, die Biometrie eine zukunftssträchtige Rolle. Experten prognostizierten den biometrischen Anwendungen jährliche Wachstumsraten von „nominal über 22 Prozent“.

Was sind biometrische Identifikationsverfahren?

Die Wissenschaft der Biometrie (aus den altgriechischen Worten „bios“ – Leben und „metron“ – Maß) untersucht, wie körperliche Charakteristika von Lebewesen mit modernsten Methoden vermessen und ausgewertet werden können. Die gängigsten biometrischen Identifikationsverfahren sind Verfahren zur Erkennung der Finger, der Hand und des Venenbildes, des Gesichts, der Iris („Muster des Gewebes um die Pupille) und der Retina (Blutgefäßmuster im Augenhintergrund), der Sprache, der Schrift und des Schreibens, der Dynamik des Tastendrucks und der Mimik beim Sprechen. Vor allem zwei Zugangsverfahren sind derzeit möglich: Bei der „Verifikation“ muss die Person dem System einen Namen oder ein Login mitteilen, und das System entscheidet, ob die Person mit dem zugehörigen Referenzmerkmalsdatensatz übereinstimmt. Bei der „Identifikation“ teilt die zu erkennende Person dem System ihre entsprechenden biometrischen Charakteristika mit. Das System ermittelt dann durch Vergleich mit Referenzmerkmalsdatensätzen aller im System erfassten Personen den zugehörigen Namen beziehungsweise das Login.

Bargeld gegen Fingerabdruck

Firmen benutzen schon vielfach biometrische Authentifikationssysteme für den Zugang zu Räumen, Computern, Netzen und Diensten. Auf diese Weise sei „ein kostensparendes Rechtemanagement möglich“.

Einige Unternehmen böten ihren Kunden immer häufiger Dienste zur biometrischer Authentisierung an, zum Beispiel im Zusammenhang mit „nicht-übertragbaren Jahreskarten oder Abonnements für Konzerte, Fitnessstudios, Solarien, Zoos, Bäder, Videotheken, usw.“ Der Einsatz biometrischer Verfahren an Geldautomaten sowie im Online Banking, aber auch in modernen Bezahlssystemen des Handels stecke noch in den Kinderschuhen – „zumindest außerhalb Japans und Brasiliens“. Ende 2011 seien in Japan 40.000 Geldautomaten mit Fingerveneniometrie ausgestattet gewesen. Auch in Brasilien seien bereits 21.000 Geldautomaten auf die Handflächenveneniometrie umgestellt worden. In Deutschland werde es „noch einige Jahre dauern, bis die Bankkunden Geld an den Bankautomaten mit Hilfe Ihrer Handvenen oder Ihres Fingerabdrucks abheben können“. Hierfür bedürfe es noch einiger Verbesserungen der Technologie „in Sachen Robustheit.“

Dein Smartphone identifiziert und legitimiert Dich

Auch für den persönlichen Bereich gebe es bereits biometrische Anwendungen, „die der vollständigen Kontrolle des Betroffenen unterliegen“. Der eigene PC, der Zugang zur Wohnung oder Anwendungen im eigenen Auto seien solche Beispiele. Zudem verfügten in Deutschland derzeit rund 16 Millionen Menschen über ein Smartphone und weitere drei Millionen über einen Tablet PC. Diese modernen Internet-fähigen Endgeräte beinhalten heute schon „Bewegungssensoren, Lichtsensoren, Höhenmesser, digitale Kompass, Näherungssensoren und vieles weitere. Letztere sorgen beispielsweise dafür, dass sich die berührungsempfindliche Oberfläche des Gerätes (Touchscreen) automatisch deaktiviert, wenn es ans Ohr gehalten wird. Mit einem Bewegungssensor oder Mikrofon kann beispielweise das Gehen, Laufen, Sprechen oder auch das Fahren der Menschen gemessen werden. Durch bestimmte Algorithmen lassen sich dann Gang-, Sprach-, oder auch Fahrprofile der Menschen erstellen und im Smartphone speichern. Smartphones können ihre Besitzer am Gehen, Rennen, Sprechen oder Fahren erkennen. „Dadurch kann sich der Besitzer des Smartphones auch relativ leicht für diverse Transaktionen oder Aktivitäten im Netz authentifizieren ohne Eingabe von Passwörtern oder Codes, weil individuelle Bewegungsmerkmale einzigartig sind“, so Dapp in seiner Analyse.

Biometrische Identifikation: ein neues Einfalltor für Datenschutz-Verletzungen?

Aus datenschutztechnischer Sicht, so bemerkt der Autor, sei bei biometrischen Identifikationsverfahren „besonders das Referenzarchiv von Bedeutung“, da hier persönliche Daten „langfristig gespeichert sind“. Es müsse „folglich überprüft werden, ob von diesen Methoden auch Gefährdungen für die teilnehmenden Personen ausgehen könne“. Bei der elektronischen Erfassung personenbezogener, körperlicher oder verhaltensbasierter Merkmale würden auch so genannte „Überschussdaten“ oder „Überschussinformationen“ festgehalten. Aus den erfassten Handvenenscans von Personen ließen sich „heimlich auch andere medizinische Informationen herausfiltern, die aus technischer Sicht mit den passenden Algorithmen missbraucht werden könnten“. Zusatzinformationen könnten sich „auf die Persönlichkeit des Einzelnen, auf den Gesundheitszustand oder die ethnische Herkunft beziehen“. Diese Daten könnten auch in die Hände Dritter gelangen. Dem Betreiber biometrischer Erkennungsverfahren obliege somit eine hohe Verantwortung. Unter Datenschützern werde auch diskutiert, „inwiefern biometrische Daten gegebenenfalls zu Überwachungszwecken verwendet werden können, und dies nicht ausschließlich zur Identifikation des vordefinierten Einsatzes“. Die „aktuell diskutierten Hürden und Probleme biometrischer Verfahren“ seien weniger technischer Natur. Es gehe insbesondere darum, „wo die Daten des vermessenen Menschen physikalisch gespeichert würden“.

Fazit – kein Wandel von heute auf morgen möglich

Biometrische Technologien würden auch aufgrund des schnellen technologischen Fortschritts „künftig branchenübergreifend als Sicherheits- und Erkennungstechnologie eingesetzt“ werden. Obwohl viele der Experten den Einsatz biometrischer Erkennungsverfahren in Massenmärkten nach wie vor kritisch beurteilten, „finden einige Verfahren täglich durch Millionen von Menschen Akzeptanz“.

Banken zählten „eher nicht zu den ‚early adopters‘ dieses neuen Verfahrens“. In diesem sensiblen Bereich fehle vorerst noch die Kundenakzeptanz. Aber auch hier würden sich in der Zukunft biometrische Technologien durchsetzen.

Eine hundertprozentige Sicherheit bei diesen Identifikationsverfahren „ist und bleibt Illusion, weil es kriminelle Handlungen und ein gewisses Restrisiko immer geben wird“. Trotz dieses Restrisikos leiste die Biometrie „als ergänzende oder auch ersetzende Technologie eine höhere Zuverlässigkeit als die traditionellen Verfahren“. Es sei zu erwarten, „dass sich die Menschen der Vorteile der biometrischen Verfahren im Laufe der Jahre mehr und mehr bewusst werden und die Technologie im Alltag akzeptieren und einsetzen“. Das gehe natürlich „nicht von heute auf morgen“.

Die Analyse von Thomas Frank Dapp (Deutsche Bank Research) „Der vermessene Mensch. Biometrische Erkennungsverfahren und mobile Internetdienste“ (16 S.; DB Research-Publikationsreihe: Aktuelle Themen: Digitale Ökonomie und struktureller Wandel) finden Sie [hier zum Download](#).

Blindengerechten Audioguides gehört die Zukunft

Audioguides sind aus Museen nicht mehr wegzudenken. Bei vielen Ausstellungen nutzt mehr als die Hälfte der Besucher den „tragbaren Experten am Ohr“. Was liegt näher, als die Geräte mit geringem Aufwand so auszustatten, dass auch Besucher mit Seheinschränkung deutlich mehr von einem Museumsbesuch haben, indem sie die Kunstwerke durch Hören oder Tasten erleben können? Auf einer zusätzlichen Tonspur können problemlos die nötigen Informationen vermittelt werden, die blinde und sehbehinderte Menschen benötigen – zum Beispiel in welcher Haltung steht die Frau auf dem Bild, welche Abmessungen hat das Kunstwerk? Auch Informationen zur Orientierung im Museumsgebäude sind eine wertvolle Unterstützung, heißt es in einer Presseinformation zu einer Fachtagung [des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes](#) (DBSV) Ende 2012 in Mainz.

Mit dem Navi durchs Museum

Die Koordinationsstelle Tourismus innerhalb des DBSV hat eine Empfehlung für die Gestaltung barrierefreier Audioguides erstellt: Darin wird vorgestellt, nach welchen Kriterien die Museumsmitarbeiter sehingeschränkter Besucherinnen und Besucherinnen die Audioguides erklären, wie die Endgeräte ausgestattet und wie die Informationen abrufbar sein sollten. Bei blindengerechten Audioguides Informationen zu Exponaten bei einer bestimmten Entfernung entweder automatisch ausgelöst werden oder durch ein Tonsignal angekündigt werden, so dass der Nutzer selbst entscheiden können, ob sie die Informationen abrufen möchten. Andere Methoden wären die Eingabe von Ziffern im Audioguide oder das Berühren eines Kontaktpunktes an den Exponaten, sofern das möglich ist.

Mit den Empfehlungen für Audio- und Multimediaguides erhalten Hersteller und Kuratoren damit eine umfassende Grundlage für ihre Arbeit – und können neue Zielgruppen erschließen. Denn laut Zahlen der Weltgesundheitsorganisation WHO würden 1,2 Millionen blinde und sehbehinderte Menschen in Deutschland von entsprechend ausgestatteten Geräten profitieren.

*Der Entwurf des Empfehlungskataloges kann eingesehen werden unter:
www.barrierefreie-audioguides.dbsv.org*

Materialien

Top Ten der Zukunftsliteratur 2012

Zum 15. Mal hat das Team der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) (www.jungk-bibliothek.at), Salzburg, die „Top Ten der Zukunftsliteratur“ gekürt. Ausgewählt wurden zehn Bücher aus zirka 200 Neuzugängen des Jahres 2012, die in der Fachzeitschrift des JBZ „ProZukunft“ vorgestellt wurden. Kein leichtes Unterfangen angesichts der Vielzahl spannender Publikationen, die 2012 erschienen sind. Es sind somit „zehn beste“ Bücher!

Die „Top Ten der Zukunftsliteratur“ wurden nach folgenden fünf Kriterien bewertet:

1. Gesellschaftliche Brisanz (Aktualität, Dringlichkeit),
2. Innovation (neue Ansätze, Originalität)
3. Lösungsansätze (konkrete Handlungsvorschläge, Beispiele),
4. Fakten (wichtige Daten) sowie
5. Lesefreundlichkeit (Zugang für breiteres Publikum, Lesevergnügen).

Besonders empfiehlt das aus Alfred Auer, Hans Holzinger, Walter Spielmann und Stefan Wally bestehende Redaktionsteam die Zukunftsstudie des Club of Rome-Experten Jörgen Randers „2052. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre“ (ökom-Verlag), die entschiedenes Umsteuern in globaler Koordination der Staaten einfordert, um Probleme wie den Klimawandel und Ressourcenverknappungen zu meistern. In Kürze wird dieses Buch auch an dieser Stelle in den „trend informationen“ besprochen.

Ebenfalls in die Wertung aufgenommen wurden die von der Stiftung Entwicklung und Frieden herausgegebenen „Globalen Trends 2013“ (Fischer), in denen internationale ExpertInnen kompakt die zentralen Zukunftsherausforderungen wie Überwindung des Hungers, globale Demokratie oder Energieversorgung im 21. Jahrhundert darstellen und Lösungsvorschläge unterbreiten.

Einen Schwerpunkt bilden diesmal Wirtschaftsfragen.

Vorgeschlagen wurde außerdem das kolossale Kompendium „Schulden. Die ersten 5000 Jahre“ (Klett-Kotta) des US-Autors David Graeber. Seine zentrale Aussage: Es ist keineswegs ausgemacht, dass Schulden immer beglichen werden. Dass diese nur beglichen werden können, wenn es zu einer faireren Verteilung der Steuerlasten, Vermögen und Einkommen kommt, zeigt der Wirtschaftsexperte Christian Felber in dem ebenfalls in die Wertung genommenen Band „Retten wir den Euro“ (Deuticke). Wie erfolgreiches Wirtschaften ohne Renditefixierung funktionieren kann, zeigt der ausgewählte Band „Wirtschaft zum Glück“ (Rotbuch) des Journalisten-Duos Bettina Dytrich und Pit Wuhrer von der Berliner Tageszeitung ([taz](http://taz.de)) sowie der Züricher Wochenzeitung ([woz](http://woz.ch)). Vorgestellt werden erfolgreiche Modelle genossenschaftlich organisierter Unternehmen.

Mit brisanten Fakten über Reichtümer, Verhungern, Schulden, Steuerhinterziehungen und anderem mehr wartet ein – bitte nicht erschrecken – „Beschissatlas“ (Ludwig-Verlag) der Journalistin Ute Scheub auf, der exzellent recherchiert ist und ansprechend illustriert wurde von der Künstlerin Yvonne Kuschel. Besonders empfohlen wird auch die Streitschrift „Befreiung vom Überfluss“ (ökom) des wohl ersten Inhabers eines Lehrstuhls für Postwachstumsökonomie, Niko Paech, der regionale Wirtschaftsnetzwerke und Lebensformen jenseits des Konsumismus als attraktive Zukunftsmodelle nahelegt.

Als Beispiel aus der Fülle an Analysen zum Arabischen Frühling wählte das JBZ-Team den Band „Der Aufruhr der Ausgebildeten“ (Hamburger Edition) des Politikwissenschaftlers Wolfgang Kraushaar aus. Als kritische Ansage Richtung Bildungspolitik wird die Studie des Erziehungswissenschaftlers Iwan Pasuchin „Bankrott der Bildungsgesellschaft“ (VS-Verlag) empfohlen, die auf den

Mythos der Wissensgesellschaft verweist. Ein anderer Mythos ist schließlich Thema eines umfassenden Werkes mit dem schlichten Titel „**Die Sonne. Der Stern, um den sich alles dreht**“ (Arche Verlag), in dem der US-Autor Richard Cohen den verschiedenen Facetten eines Solarzeitalters nachspürt.

Die komplette Liste mit Angabe der genauen Bewertungen pro Kriterium steht auf der Website der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg [zum Download bereit](#).

Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17, 50668 Köln
Telefon 0221 / 97356-210
Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Stephanie Rüth (v.i.S.d.P.),
E-Mail: s.rueth@sozialbank.de

Valerie Jacob
E-Mail: v.jacob@sozialbank.de

ISSN: 1869-7631
Erscheinungsweise: monatlich